

(Ministerin Ilse Ridder-Melchers)

- (A) politik machen, kann ich nur sagen: Auf vielen Wegen Verschlechterungen, die insbesondere Frauen und Mütter treffen. Sie haben trotzdem keine Skrupel - das hat Herr Rüsenberg heute wieder getan -, auf der anderen Seite immer wieder das fromme hohe Lied der Familie zu singen und die besondere Bedeutung von Kindern hervorzuheben. Wie Sie das verbinden, ist wirklich toll. So eine Doppelzüngigkeit spricht für sich.

Abschließend kann ich für die Landesregierung sagen: Für uns ist Gleichstellungspolitik ein wichtiger Aufgabenbereich, keine Nischenpolitik, sondern Querschnittsaufgabe.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Wir haben zwei wichtige Felder: Frauenförderung im Beruf, Existenzsicherung für Frauen und Abbau von Gewalt gegen Frauen und Kinder. Auf diesen beiden Feldern werden wir konsequent weiterarbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die **Beratung**.

- (B) Ich komme zur **Abstimmung**. Wer dem **Einzelplan 11** entsprechend der Beschlussempfehlung **Drucksache 12/2611** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung **Drucksache 12/2602**. Nach meinen Informationen ist eine Debatte nicht vorgesehen. - Das ist so.

Dann kommen wir direkt zur **Abstimmung**. Wer dem **Einzelplan 02** entsprechend der Beschlussempfehlung **Drucksache 12/2602** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung **Drucksache 12/2609**, **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Keller das Wort.

Ilka Keller (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Bereich der Europa- und Eine-Welt-Politik kamen von der Mehrheitsfraktion in den Ausschüssen keine Änderungen und Ergänzungen. Alles in Ordnung, könnte man meinen, nur: Die CDU hatte die Stirn, recht törichte Änderungsanträge zu stellen.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sehr richtig: "törichte"!)

- "Törichte" - da kommen Sie jetzt so richtig aus sich heraus, Herr Matthiesen.

Ich werde Ihnen nun nicht all die Änderungen vortragen. "Töricht" waren unsere Anträge deshalb, weil wir tatsächlich geglaubt hatten, der Haushaltsentwurf sei ein Entwurf, über den man sprechen muß, aber kein Stein der Weisen, so daß man Änderungen tatsächlich hätte noch einbringen können. Daß das allerdings nicht gewollt war, will ich an zwei Beispielen einmal aufzeigen.

Ich erinnere an unsere Forderungen nach gezielter und gestraffter Förderung der Euregio-Grenzgebiete, die in der Tat bisher zu wenig Erfolg im grenzübergreifenden Kunden- und Warenverkehr verbuchen. Hier wären für die Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens aus unserer Sicht einige Schätze zu heben. Ich zitiere, was der Geschäftsführer der Euregio, Herr Gabel, selbst mitgeteilt hat:

"Insbesondere die Überwindung psychologischer Barrieren, die Lösung alltäglicher Grenzprobleme und die Öffnung des Arbeitsmarktes bedürfen einer nachdrücklichen und dauerhaften Förderung. Denn die Lösung der durch die Staatsgrenze verursachten Probleme ist nicht nur eine lokale, sondern auch eine regionale und staatliche Aufgabe."

Weiter sagt er:

(C)

(D)

(Ilka Keller [CDU])

- (A) "Unstreitig ist, daß in Fragen der Infrastruktur, der Abfallbeseitigung, der Anerkennung der Berufsabschlüsse, der Kooperation der Kranken- und Sozialversicherungssysteme sowie bei Steuer- und Finanzfragen noch viel grenzüberschreitende Probleme gelöst werden müssen."

Sie werden jetzt natürlich sofort antworten, da sei der böse Bund wieder schuld, aber hier ist auch das Land aufgefordert, Vorschläge zu erarbeiten.

Sie wollten auch nicht hören, daß in der nordrhein-westfälischen Entwicklungspolitik kostenträchtige Verwaltungsapparate aufgebaut werden und daß wir damit auch nicht einverstanden sind. Ich möchte aus der Diskussion über die Entwicklungshilfe nur noch einmal die kommunale Entwicklungshilfe aufgreifen. Hier geht es um die Pro-Kopf-Bezuschussung von 50 Pfennig im Land Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen des Landes erhielten in diesem Jahr zum zweiten Mal diesen Zuschuß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das macht immerhin für 18 Millionen Einwohner locker 9 Millionen DM aus.

- (B) (Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Eine sehr gute Sache! - Ewald Groth [GRÜNE]: Viel zu wenig!)

- Warten Sie doch einmal ab! Wir haben Ihnen zwar generell zugestanden, daß diese Maßnahme zunächst einmal auf einer guten Idee basiert: Jede Kommune erhält einen Obolus schnell und unkompliziert, und sie muß noch nicht einmal Rechenschaft darüber ablegen, wo denn die Gelder letztlich hingeflossen sind. Alles deutet auf einen unbürokratischen Transfer hin, der in punkto Flexibilität gutgeheißen werden könnte. Wer aber genauer hinsieht, kann nur die ernüchternde Wirklichkeit erkennen: Der Betrag muß praktisch nicht gesondert ausgewiesen werden. Macht nun jede Kommune das nach eigenem Gutdünken? Sie werden es nicht glauben: Der Bund der Steuerzahler interessiert sich mittlerweile sehr dafür, wie das mit diesen Mitnahmeeffekten vor Ort gehandelt wird.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

- Ilka Keller (CDU): Nein, ich bin jetzt auch taub auf diesem Ohr. (C)

Es kann also nicht im Sinne des Erfinders sein, daß Kochkurse wie "Kochen in Afrika" und ähnliches damit finanziert wird. Es ist in der Tat so: Ich will jetzt nicht im einzelnen Beispiele bringen, aber Sie werden sicherlich erleben, daß der Bund der Steuerzahler sehr intensiv diesen Sachen nachgehen wird. Ich bin ganz sicher, daß wir in Zukunft diese 50 Pfennig pro Kopf der Bevölkerung nicht mehr ohne Richtlinien werden ausschütten können.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ein Blick in den Erlaß, Frau Keller!)

- Ja, das haben wir gemacht. Wenn Sie wollen, kann ich Ihnen vortragen, was zumindest im Zuwendungsbescheid des Kölner Regierungspräsident steht. Weil Sie das gerade so anschneiden, zitiere ich Ihnen das gerne:

"Die Mittel werden Ihnen"

- der Kommune -

"als allgemeine Deckungsmittel pauschal und ohne haushaltsrechtliche Zweckbindung zur Verfügung gestellt."

Weiter heißt es in einem späteren Absatz: (D)

"Eines formellen Verwendungsnachweises bedarf es nicht. Es wird allerdings eine schriftliche Bestätigung erwartet, daß die Mittel der Bedarfszuweisung von der Gemeinde für die Förderung von Maßnahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt worden sind."

So weit der Zuwendungsbescheid des Regierungsbezirks Köln.

Wir sind der Meinung, daß hier noch eine Menge zu tun ist. Auch sind wir nicht damit einverstanden, daß sich die Apparate vor Ort weiter aufblähen und nur Klientel auf Planstellen gesetzt wird, sondern wir sind der Auffassung, daß wir uns wirklich um entwicklungspolitische Probleme kümmern sollten und das Geld dort ausgegeben werden muß, wo die Probleme sind. Wir können hier zwar unterstützend und aufklärend zuarbeiten - aber nicht in dieser Größenordnung, wie sie jetzt vorgesehen ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Das Wort hat nun Frau Kollegin Sikora für die SPD-Fraktion.

Gabriele Sikora (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Vorrednerin, die Kollegin Keller, hat hier eben Stellung genommen zum Einzelplan des Ministerpräsidenten. Wenn ich das richtig verstanden habe, ist eben auf die Wortmeldung zu diesem Einzelplan verzichtet worden. Deshalb will ich mich auf die Anträge und Positionen beschränken, die auf den Einzelplan 09, über den wir jetzt sprechen, zutreffen.

Der Stellenwert der Europapolitik - zumindest in Haushaltszahlen - wird im Einzelplan 09 eigentlich ungenügend zum Ausdruck gebracht. Die größte Position in diesem Haushalt ist der Haushaltstitel "Europainitiative Nordrhein-Westfalen", der mit 500 000 DM ausgestattet ist. Mit diesem Haushaltstitel organisiert das Europaministerium den Diskussionsprozeß und die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen in Nordrhein-Westfalen.

(B) Eben zu diesem Ansatz gab es einen Antrag der CDU. Die CDU schlägt genau an diesem Punkt eine Halbierung des Ansatzes vor. Frau Kollegin Keller, für diese Kürzung kann ich kein Verständnis aufbringen - zumal wenn ich betrachte, was der Bund an Mitteln für seine Europainitiative aufbringt. Dort firmiert es nur unter einem anderen Titel, nämlich als Europakampagne.

Für 1997 hatte die Bundesregierung 17 Millionen DM eingestellt. Hinzu kamen 7,5 Millionen DM EU-Gelder aus Brüssel. Wenn die Bundesregierung diese Gelder auf die Länder weiterverteilen würde, wie die Länder das schon gefordert haben, könnte es hier auch zu einer Entlastung unseres Haushaltes kommen. Nach dem, was ich gehört habe, werden diese Ansätze im Bund - wie auch die Europamittel, die der Bund kassiert - für 1998 weiter steigen.

Die Bürgerinnen und Bürger werden mit großen europäischen Herausforderungen konfrontiert, mit denen konkrete Veränderungen verbunden sind. Ich nenne die Einführung des Euro, die Osterweiterung und die "Agenda 2000". Dafür ist es notwendig, auch Mittel aufzubringen, um zu informieren, Akzeptanz zu schaffen und um sich mit dem zusammenwachsenden Europa zu identifizieren.

Wir müssen unser Wirken darauf richten, das Vertrauen der Menschen in das gemeinsame Europa zu fördern. Allerdings dürfen wir die Menschen

(C) nicht überfordern. Die Europa-Initiativen entfalten genau da ihre Wirkung. An einem pünktlichen Start der europäischen Währungsunion bestehen kaum noch Zweifel. Hier ist es zu einer Versachlichung der Diskussion gekommen. Die Diskussion über Pro oder Contra muß nun abgelöst werden durch die Diskussion über das Wie. Die verbleibende Zeit muß dafür genutzt werden, Vorbehalte in der Bevölkerung und in der Wirtschaft abzubauen und insbesondere die mittelständische Wirtschaft beim Übergang auf die neue Währung zu unterstützen. Dabei geht es insbesondere darum, Lösungen zu finden, die einerseits für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und nachvollziehbar sind, andererseits die Wirtschaft und die Verwaltung nicht überfordern.

Die Integration auf dem europäischen Binnenmarkt schreitet immer weiter voran. Die positiven Konjunkturerwartungen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft beruhen insbesondere auf dem intensiven Handel mit den europäischen Nachbarn. Die einheitliche Währung ist damit, ganz nüchtern betrachtet, die konsequente Vervollständigung des Projektes "Europäischer Binnenmarkt".

(D) Ich komme nun zu einem zweiten Punkt der gegenwärtigen europapolitischen Diskussion. Die Kommission hat mit der "Agenda 2000" ihre Vorstellungen zur Reform der Strukturfonds und der Agrarpolitik vorgelegt. Damit wird ab dem Jahr 2000 die Finanzierung des Strukturwandels durch die EU in weiten Teilen in Frage gestellt. Dies liegt auch insbesondere an einer Agrarlastigkeit der Vorschläge.

Die industriellen Räume - zum Beispiel das Ruhrgebiet - müssen ab dem Jahr 2000 wohl mit weniger Geld auskommen. Die Ziele der Strukturfonds sollen von sieben auf drei zusammengefaßt werden. Alle regionalen Fördermaßnahmen außerhalb von Ziel 1 sollen zu einem Ziel 2 zusammengefaßt werden. Die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen soll von 13 auf 3 - nämlich für INTERREG, ländlicher Raum und Humanressourcen - verringert werden, das Volumen von 9 auf 5 % sinken. Die für Nordrhein-Westfalen wichtigen Gemeinschaftsinitiativen RESIDER, RECHAR und KONVER sollen künftig wegfallen.

Der Anteil der in den EU-Fördergebieten lebenden Bevölkerung soll drastisch von bisher 51 auf künftig 35 bis 40 % verringert werden. Über die Begrenzung der Strukturfonds hinaus will die Kommission auch noch die europäischen und

(Gabriele Sikora [SPD])

- (A) nationalen Fördergebiete stärker harmonisieren. Hier sind alle Parteien im Landtag aufgerufen, ihren Einfluß auf Bundesebene und in Brüssel geltend zu machen, damit die Interessen unseres Landes in den weiteren Beratungen der "Agenda 2000" angemessen berücksichtigt werden.

Die Osterweiterung ist politisch gewollt. Sie wird nur zum Erfolg, wenn sie sorgfältig vorbereitet wird. Dazu sind institutionelle und politische Reformen innerhalb der EU notwendig, um auch bei einer höheren Anzahl von Mitgliedern handlungsfähig zu bleiben. Die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten aus Mittel- und Osteuropa in die EU kann einen Schub für Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung bieten.

Der Beschäftigungsgipfel von Luxemburg am 21./22. November hat ein deutliches Signal für eine aktive Beschäftigungspolitik in der EU gesetzt. Die Umsetzung muß auf Ebene der Mitgliedsländer erfolgen. Das stand aber auch nicht zur Disposition.

Die Bundesregierung mußte sich auf diesem Gipfel eine Position zu eigen machen, gegen die sie vorher massiv angegangen ist. Das ist die Ironie des Beschäftigungsgipfels.

- (B) Daß die EU das Schicksal von 18 Millionen arbeitslosen EU-Bürgerinnen und -Bürgern ernst nimmt und die Beschäftigungswirksamkeit ihrer Politik erhöhen will, ist ein positives Signal.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen, der aus Landessicht kritisch zu betrachten ist. Es gibt erkennbare Tendenzen einer Ausdehnung der EU-Beihilfenpolitik, die die Gefahr in sich birgt, die Wirtschaftspolitik der Länder zu behindern. Hier ist die Verbindung zur Agenda 2000. Die EU-Kommission will die nationale Strukturförderung einschränken. Insbesondere bei akuten Unternehmenskrisen würde die Handlungsfähigkeit des Landes eingeschränkt. Es ist den Menschen nicht vermittelbar, daß einerseits die EU-Fördergebietkulisse eingeschränkt wird und andererseits auch noch der Handlungsspielraum der Länder begrenzt werden soll. Das sind Entwicklungen, die zu Irritationen führen können und die das Vertrauen, das die Menschen dem europäischen Integrationsprozeß inzwischen entgegenbringen, beeinträchtigen können. Dagegen müssen wir vorgehen.

Ich habe eine ganze Reihe von Zukunftsaufgaben angesprochen. Die Diskussion der europäischen Politik und deren Auswirkungen für unser Land wird sich im kommenden Jahr intensivieren. Für

unser Land wichtige Entscheidungen werden vorbereitet und gefällt. Die Europapolitik dringt immer weiter in die Fachpolitiken ein. Ihr Stellenwert wird sich weiter erhöhen. (C)

Wir stimmen entgegen dem CDU-Wollen daher dem Einzelplan des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten zu.

(Beifall bei der SPD und von Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Koczy.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe den Auftrag, jetzt zum Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten Stellung zu beziehen. Die Beschlußempfehlung zum Einzelplan 09, die der Ausschuß verabschiedet hat, lautet, daß der Entwurf des Einzelplans 09 unverändert angenommen wird. Damit wird auch klargestellt, daß der einzige Antrag der CDU - zum Thema Europainitiative - von unserer Seite abgelehnt worden ist.

Hintergrund unserer Ablehnung ist natürlich, daß wir uns sagen, daß auch im Jahre 1998 Europapolitik auf Landesebene stattfindet. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Bevölkerung darüber zu informieren, was wir auf landespolitischer Ebene alles machen. In den letzten Jahren war es ein Kriterium der Diskussion - das ist auch von seiten der CDU immer bemängelt worden -, wie wenig doch bekannt ist, was bezüglich der Europapolitik auf europäischer Ebene passiert und welche Auswirkungen dies auf die Landesebene hat. Meine Kollegin Sikora hat vorhin darauf hingewiesen, welche einzelnen Punkte wir im nächsten Jahr zu behandeln haben. Zu diesen Punkten gehören die Agenda 2000, die Regierungskonferenz Amsterdamer Vertrag, die Strukturfrage, das Thema Euro und die Auswirkungen des EG-Binnenmarktes. Das sind doch alles wahrhaft Themen, die man diskutieren muß und zu denen man die Bevölkerung informieren darf, welchen landespolitischen Auswirkungen wir entgegensehen. Es ist doch eine diffizile Diskussion, die wir hier anstreben, es ist eine äußerst komplexe Struktur, die man der Bevölkerung nahebringen muß. Wenn jetzt von seiten der CDU gesagt wird, man bräuchte das Geld nicht, weil für eine Selbstdarstellung der Landesregie- (D)

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) rung auch 250 000 DM ausreichen, dann hat die CDU gar nicht begriffen, worum es bei diesen Themen geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Keller, bei Ihrer Stellungnahme zu dem Thema Entwicklungspolitik ist Ihnen vorhin leider auch nichts Neues eingefallen und nur das, was die CDU uns heute schon den ganzen Tag über geboten hat. Die CDU argumentiert nämlich in einer sogenannten Einheitsstruktur. Uns werden schon den ganzen Tag aufgeblähte Bürokratien vorgeworfen. Das ist nicht viel besser als das, was wir im letzten Jahr hier geboten bekommen haben, als die CDU nämlich kein Wort zum Thema Haushalt gesagt hat.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: Sagen wir was, paßt Ihnen das nicht, sagen wir nichts, paßt Ihnen das auch nicht!)

Wenn Sie sich doch einmal ein bißchen differenziert äußern könnten! Zu dem Punkt "Europa- und Eine-Welt-Politik" kommen von Ihrer Seite immer wieder dieselben Argumente. Ich wäre sehr dankbar, wenn in diesem Bereich an diesem Rednerpult wirklich Substantielles gegenüber den Koalitionsfraktionen gesagt würde. Ich würde mich sehr darüber freuen.

(B)

(Lothar Hegemann [CDU]: Sie waren doch nicht da! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben? - Antonius Rüsenberg [CDU]: Sie sollten eine solche Rede erst einmal durchlesen, ehe Sie diese halten! - Unruhe - Glocke)

Ich glaube, die Damen und Herren der CDU sind nicht mehr zuhörwillig, weil sie einfach nach Hause gehen wollen.

(Nein! bei der CDU)

- Natürlich. Sonst würden Sie sich nicht so engagiert auf meine Rede einlassen. Ich kann das einfach nur so verstehen, daß Sie sich immer noch nicht einig sind, wie Sie in diesem Bereich denken und was Sie davon halten sollen.

Ich bin aber am Schluß meiner Rede, weil es noch einen anderen Redebeitrag geben wird. Ich freue mich, daß wir in diesem Bereich zu einer einheitlichen Meinung gekommen sind und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat Minister Dammeyer für die Landesregierung. (C)

Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem Frau Keller die Hälfte ihrer Redezeit auf den Haushaltsplan des Ministerpräsidenten verwandt hat, den wir hier schon beschlossen haben, will ich mich an den Teil wenden, zu dem die CDU Änderungsanträge zum Einzelplan 09 vorgeschlagen hatte.

Schon die Kollegin Sikora und auch die Kollegin Koczy haben darauf hingewiesen, daß es sich dabei um die Europainitiative handelt. Bisher haben Sie immer großen Wert darauf gelegt, daß wir so etwas machen. Daher finde ich es um so erstaunlicher, daß Sie am Haushalt dazu Einschnitte vornehmen wollen.

Der Hintergrund ist, daß es zu unseren ganz selbstverständlichen rhetorischen Figuren gehört, die wir alle drauf haben, daß Europa längst in alle Politikbereiche eingegriffen habe, daß wir uns in allen möglichen Bereichen ganz selbstverständlich mit europäischen Fragen zu beschäftigen hätten, daß vieles weder auf Bundes- noch auf Landesebene entschieden würde, sondern von Europa. Alle diese Bemerkungen stimmen. (D)

Gleichzeitig wissen wir, daß wir gerade im Jahre 1998 vermutlich erleben werden, wie diese Erkenntnis wahrscheinlich mit einiger Wucht auf einige unserer Mitbürger niederprasseln wird, weil sie im Mai erleben werden, wie die einheitliche Währung eingeführt wird, weil sie erleben werden, wie die Diskussion über die Agenda 2000 läuft - nämlich die Finanzierung der EU, die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union, die Finanzierung der Strukturfonds und wie die Verhandlungen zur Osterweiterung begonnen werden.

In dieser Phase sagen wir, daß es nützlich, erforderlich und sinnvoll ist, daß wir mit allen unterschiedlichen Verbänden, Institutionen, Organisationen möglichst ausführlich darüber reden, wie denn ihr jeweiliger spezifischer Anteil an dieser europäischen Entwicklung sein wird. Diese Diskussion haben wir in Gang gebracht mit den Industrie- und Handelskammern, mit den Gewerkschaften, mit den Wirtschaftsförderungsunternehmen, mit Hochschullehrern, mit den Landwirtschaftsverbänden und -organisationen. Wir setzen es fort mit dem Landesjugendring, mit

(Minister Dr. Manfred Dammeyer)

- (A) den Kommunen, mit den Sozialverbänden. Wir ermuntern sie und erwarten von ihnen auch, daß sie nicht von uns alleine erwarten, daß die politische Diskussion zur europäischen Integration geführt wird, sondern daß sie sich selber daran beteiligen, daß das etwas ist, was überall im Lande stattfindet, daß der Schneeballeffekt möglichst wirklich das ganze Land erreichen kann.

Ich finde, wir können jetzt schon feststellen - das ist ganz offensichtlich -, daß es vor diesem Hintergrund in Nordrhein-Westfalen eine deutlich breitere politische Diskussion über die europäische Integration gibt als irgendwo sonst. Es gibt aber natürlich noch nicht genug. Wir wollen mehr, und genau das wollen Sie reduzieren.

Ich finde das ganz erstaunlich, weil es voll im Gegensatz steht zu den von Ihnen auch immer verbal erklärten Prioritäten im Umgang mit der europäischen Integration.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir stehen langsam an einem Scheidepunkt, wo die Frage gerechtfertigt ist, ob denn die europäische Integration mit dem Bewußtsein der Bevölkerung Schritt halten kann oder ob wir nicht gerade auch diesen zweiten Teil in besonderer Weise zu beachten haben, wenn wir Loyalität gegenüber den politischen Entwicklungen erwarten wollen. Genau da, sagen Sie, müsse man streichen.

(B)

Ich finde das verkehrt, und ich will es auch hier ausdrücklich so sagen. Das Schwergewicht unserer Arbeit muß darin liegen, daß wir die politische Diskussion über die Fragen der europäischen Integration in ihren vielfältigen Facetten anregen und daß viele andere sie im Lande weitertragen, so daß das nicht eine Aufgabe der Experten oder der vermeintlichen Experten bleibt, sondern daß das aus der Qualität der Expertendiskussion gelöst wird und daß alle daran beteiligt sind. Das geht nur, wenn die diversen gesellschaftlichen Gruppierungen und Organisationen sich daran beteiligen. Wir möchten gerne genau diese Orientierung in der Europainitiative in Zukunft fortsetzen, auch im Jahre 1998.

Wie schwierig es werden kann, wenn man versäumt, solche Aspekte rechtzeitig in das Kalkül aufzunehmen, hat mit Verlaub der französische Staatspräsident erlebt, als er kurzerhand davon absah, die 80%ige Mehrheit in eine vielleicht 60%ige umzutauschen. Die Mehrheit ist zur Minderheit zerronnen, ganz offensichtlich auch vor dem Hintergrund unzureichender aufklärender

politischer Auseinandersetzung in der französischen Öffentlichkeit. (C)

Ich fände es gut, wenn so etwas hier nicht so laufen würde.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Bitte schön.

Reinhold Trinius (SPD): Täuscht meine Erinnerung, wenn ich sage, daß die CDU vor einigen Monaten einen Antrag hier im Landtag eingebracht hat, die Landesregierung möge für den Gedanken der Europäischen Union und der Währungsunion in der Öffentlichkeit werben?

Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich habe das auch in Erinnerung, Herr Kollege Trinius. Aber das geht ja manchmal auseinander - jedenfalls wenn wir solche Anträge sehen - zwischen der verbalen Forderung und der materiellen Ausstattung solcher Forderungen. Ich finde, auf diese Unterschiede hier aufmerksam zu machen, ist ein wichtiger Teil der Haushaltsberatung. (D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kollege Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es reizt mich doch noch zu einer Erwiderung auf die Ausführungen von Frau Keller aus der CDU-Fraktion. Sie haben sich nicht nur die Hälfte Ihrer Redezeit auf den Einzelplan des Ministerpräsidenten bezogen und nicht auf den, zu dem Sie reden sollten, Sie haben dann auch noch zum GFG gesprochen, nämlich zu den 9 Millionen DM für Entwicklungszusammenarbeit. Dafür haben Sie die andere Hälfte aufgewandt. Das reizt mich ja doch zu einer Erwiderung.

Das kann doch irgendwie nicht wahr sein: "Kochen wie in Afrika" - können Sie sich gar nicht vorstellen, daß man damit den Gedanken, wie

(Ewald Groth [GRÜNE])

- (A) Menschen in Afrika leben müssen, mit wie wenig Energie sie leben müssen, während wir in diesem Lande ohne Ende Energie verprassen, der Bevölkerung nahebringen kann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Entwicklungszusammenarbeit.

Dazu gehört auch der Beitritt zum Klimabündnis und so weiter. Alles das können Sie im Erlaß nachlesen. Lesen Sie ihn einfach einmal aufmerksam! Es sind gute Ideen darin. Sie können das auch zu Hause nachmachen.

Frau Keller, es handelt sich um eine pauschalierte Zuweisung, die aber an einen Zweck gebunden ist, nicht ohne Nachweis, aber mit Bestätigung! - Der einzige, der Schwierigkeiten macht, ist der Regierungspräsident in Münster, Herr Twenhöven von der CDU. Der prüft jede einzelne Zahl ganz genau nach. Alle anderen tun das gar nicht; da ist das ohne bürokratischen Aufwand. Nehmen Sie sich den an die Kandare! - Es werden keine Apparate aufgebaut, wie Sie gesagt haben, sondern Initiativen von Schulklassen und Kirchengemeinden, die ehrenamtlich für den Eine-Welt-Gedanken eintreten, werden unterstützt.

- (B) Bewahrung der Schöpfung, Frau Keller! - Vielleicht ist Ihnen das schon einmal irgendwo nahegebracht worden. Stellen Sie sich das nicht als Aufgabe für zu Hause vor, so nach dem Motto: Bei mir zu Hause gibt es keine Umweltvergiftung mehr, bei mir zu Hause ist alles schön, jetzt machen wir gar nichts mehr. Die Bewahrung der Schöpfung greift sehr viel weiter. Eine-Welt-Zusammenarbeit heißt auch, aufmerksam zu machen darauf, was wir dafür tun, damit die Entwicklung in anderen Ländern vorangehen kann, und wie wir sie verhindern.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Das ist der Eine-Welt-Gedanke. Es geht uns darum, daß wir alle das hier begreifen müssen, auch Sie von der CDU-Fraktion. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Ich lasse abstimmen über den **Einzelplan 09.** Wer der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2609** zustimmen

möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 01: Landtag

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2601, **eröffne die Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Hieronymi das Wort.

Ruth Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in diesem Hause eigentlich gute Tradition, daß der Einzelplan 01, der Haushaltsplan des Landtags, ohne weitere Beratung und gemeinsam verabschiedet wird.

(Demonstrativer Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn die CDU-Fraktion in diesem Jahr die Notwendigkeit sieht, anders zu verfahren, dann muß das einen besonderen Grund haben, den ich Ihnen gern erläutere.

(Reinhold Trinius [SPD]: Da bin ich aber gespannt!)

Meine Damen und Herren, wir haben einvernehmlich beschlossen, daß die Landtagsverwaltung ebenso wie die gesamte Landesverwaltung einer Unternehmensberatung unterzogen werden sollte. Einvernehmlich haben wir den entsprechenden Auftrag an KPMG vergeben. Das ist mittlerweile drei Jahre her. Es war außerordentlich mühsam, dieses Projekt durchzuführen und die Umsetzung der Beratungsergebnisse zu erreichen. Ich will nur so viel sagen: Drei Jahre haben wir mittlerweile dafür gebraucht. Das ist nicht gerade ein Ruhmesblatt.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Weil Sie alles verkompliziert haben, gnädige Frau! - Gegenrufe von der CDU - Glocke)

- Herr Matthiesen, die Details können wir gern beraten; das brauchen wir aber nicht plenar zu tun. Im Plenum sollten wir uns auf das zentrale Problem, das übriggeblieben ist, konzentrieren, und das ist das der Ansiedlung des Controllings.